Komatrinker müssen nicht zahlen

Nach intensiver Debatte stimmt der Nationalrat gegen eine Forderung von SVP und FDP

Von Daniel Ballmer, Bern

Von einer «Schnapsidee» sprach der Freiburger Sozialdemokrat Jean-François Steiert. Der Baselbieter SVP-Mann Thomas de Courten dagegen warb für mehr Eigenverantwortung. Während die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer vor einer Entsolidarisierung warnte. Im Nationalrat gingen die Wogen gestern hoch.

Wer bis zum Umfallen säuft, soll auch dafür geradestehen. So lautete die Forderung des abgetretenen Zürcher SVP-Nationalrats Toni Bortoluzzi. Die Entwicklung der letzten Jahre verlange nach Massnahmen zur Eindämmung gerade von Jugendalkoholismus. Konkret ging es um eine Änderung im Krankenversicherungsgesetz, die der Nationalrat nach einer intensiven Debatte mit 97 gegen 85 Stimmen bei elf Enthaltungen versenkt hat. Soll heissen: Wer sich ins Koma trinkt, soll die Kosten für die Notfallbehandlung nun doch nicht selber tragen müssen.

Nachdem die Gesundheitskommission (SGK) die Vorlage zunächst noch unterstützt hatte, beantragte sie nun, auf den Erlass zu verzichten. «Man kann auch schlauer werden», kommentierte der Berner BDP-Nationalrat Lorenz Hess. Die parlamentarische Initiative sei «untauglich und kaum umsetzbar». Bereits in der Vernehmlassung hatten Suchtexperten ihre Bedenken angemeldet und auch der Bundesrat war gegen eine Abkehr vom Solidaritätsprinzip.

Die Kommissionsmehrheit erkannte Schwierigkeiten bei der Umsetzung und der Abgrenzung. So sei kaum festzustellen, wer sich mutwillig ins Koma getrunken habe und wer alkoholkrank sei, gab Schmid-Federer zu bedenken. Gleichzeitig warnten die Gegner wiederholt vor einer Entsolidarisierung in der Krankenversicherung. «Und wer kommt als Nächstes an die Reihe: Übergewichtige?», fragte Schmid-Federer.

Soll Solidarität grenzenlos sein?

Eine Minderheit von FDP und SVP wollte dagegen an der Vorlage festhalten. «Ich mache eine Wette: Würden wir auf dem Bundesplatz eine Umfrage machen, wäre die überwiegende Mehrheit hier für mehr Eigenverantwortung», sagte de Courten. Und es liege bei jedem Bürger, nicht durch mutwilliges Besäufnis der Öffentlichkeit zur Last zu fallen. Zudem gehe es bei der Vorlage um die medizinische Notversorgung und nicht um die Behandlung. «Sich zu besaufen, ist keine Krankheit.»

Für eine breite Öffentlichkeit seien Komatrinker ein grosses Ärgernis, ergänzte der Zuger Freisinnige Bruno Pezzatti. Es bestehe Gesprächs- und Handlungsbedarf. «Soll die Solidarität weiter grenzenlos sein? Oder braucht es verstärkt Eigenverantwortung?» Pezzatti warb für eine befristete Umsetzung und ein wissenschaftliches Monitoring, um die offenen Fragen zu klären. Auch die Grünliberalen wünschen sich mehr Eigenverantwortung. Da die Vorlage aber viele Anpassungen benötige, sei die GLP dennoch für Abschreibung, erklärte der Zürcher Thomas Weibel und kündigte gleichzeitig einen eigenen Vorstoss an.

Ganz anderer Meinung ist Maja Ingold. Die Zürcher EVP-Nationalrätin erinnerte daran, dass die meisten

> «Und wer kommt als Nächstes an die Reihe: Übergewichtige?»
>
> CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer

Komatrinker Erwachsene seien – beispielsweise randständige Alkoholiker, welche ohnehin kaum zahlen könnten. Dann müsse die Sozialhilfe einspringen. Und das sei ja auch keine Lösung.

In dieselbe Kerbe hieb Gesundheitsminister Alain Berset. Gerade Jugendliche und Personen aus bescheidenen Verhältnissen könnten sich spät oder gar nicht in Behandlung begeben, wenn sie diese selbst bezahlen müssten. Eigenes Verschulden aber sei kein Kriterium dafür, ob die obligatorische Krankenpflegeversicherung die Kosten übernehme oder nicht. Eine Ausnahme bei übermässigem Alkoholkonsum wäre ein Systemwechsel und mit dem Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichheit schwer vereinbar. Der SP-Bundesrat verwies dabei auf andere gesundheitsschädigende Verhaltensweisen wie das Ausüben von Risikosportarten, Rauchen oder übermässiges Essen.

12 000 Fälle im Jahr

Gemäss Bundesrat wurden im Jahr 2012 rund 12 000 Personen wegen übermässigen Alkoholkonsums notfallmässig im Spital behandelt. Über 90 Prozent waren über 23 Jahre alt. Rund drei Viertel davon hatten nicht nur übermässig Alkohol getrunken, sondern litten etwa auch an Alkoholabhängigkeit, psychischen Störungen sowie Verletzungen durch Gewalt oder Unfälle.

Heute gehen die Kantone unterschiedlich mit der Behandlung von Komatrinkern um. Die meisten verlangen auch eine Gebühr von Personen, die in Gewahrsam genommen werden müssen. So rechnet die Basler Polizei mit Kosten von 585 Franken, die seit 2012 gänzlich dem Verursacher aufgebrummt werden. Anders in Baselland: Bisher wurde nur eine Grundgebühr von 100 Franken erhoben, was nicht kostendeckend sei. Mit der neuen Gebührenverordnung dürfte sich das aber ändern.

Die Waadtländer Guy-Parade in Nyon

Die Romandie feiert ihren Bundesrat Guy Parmelin

Nyon. Noch scheint das SVP-Sünneli nicht im ganzen Waadtland. Dort wo einem in der Regel der Genfersee und die grandiosen Terrassen des Lavaux begrüssen, tauchte der Extrazug mit dem neuen Bundesrat Guy Parmelin in den Nebel. Am nächsten Halt, auf Perron 1 im Lausanner Bahnhof, standen die Stadtmusik und die Honoratioren der Stadt so stramm wie schon lange nicht mehr. Der Empfang war herzlich und fröhlich. Das war nicht immer so. Noch vor fünf Jahren durfte die SVP in der Waadtländer Hauptstadt nicht einmal ein Lokal mieten, um eine Delegiertenversammlung abzuhalten. Sie verlegte die Versammlung kurzerhand auf ein Feld unter freiem Himmel. Es gibt also bereits eine Woche nach der Wahl so etwas wie einen «Parmelin-Effekt» in der Romandie. Beim nächsten Halt in Nyon nicht weit vom Wohnort des neuen Bundesrates, Bursins, war der Nebel noch dicker und versperrte die Sicht auf die PC7-Patrouille der Armee, die ihrem designierten Verteidigungsminister wohl gerne ihre Fähigkeiten vorgeführt hätte. In einem langen Umzug, einer «Guy Pride», so der Stadtpräsident, zog man vor das Schloss des Städtchens, wo der neue Bundesrat empfangen und gefeiert wurde. Die Region ist offensichtlich stolz auf ihren Bundesrat. Es ist lange her, seit Jean-Pascal Delamuraz (FDP) den

Grosser Bahnhof. Guy Parmelin geniesst seinen Tag. Foto Keystone

grössten Kanton der Romandie im Bundesrat vertreten hat. Für die Waadtländer Psyche ist ein Bundesrat offensichtlich wichtig, sogar wenn er zum ersten Mal nicht aus der FDP kommt. Selten hat man an einem solchen Empfang derart viele Fahnen und Flaggen gesehen. Dieses Waadtland ist patriotischer, als wir Deutschschweizer es manchmal meinen. Am Apéro fragt ein offensichtlich besorgter Einheimischer, ob ich Berner sei. Ich verneine, mein Gegenüber schnauft sichtlich auf. Man habe ihnen gesagt, dass heute dreihundert Berner kommen würden. «Als das letzte Mal dreihundert Berner gekommen sind, blieben sie dreihundert Jahre.» Die Angst war unbegründet. Nach einem Apéro, einem Essen und ausreichend Ansprachen verzogen sich die Gäste aus Bern wieder in den Extrazug, der sie in die Bundesstadt zurückbrachte. Sie kommen spätestens zur Bundespräsidentenfeier wieder. Fi

Ständerat gegen Grundeinkommen

Der Ball liegt beim Stimmvolk

Bern. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dagegen votiert. Die Initiative sieht vor, dass in der Schweiz lebenden Menschen unabhängig von einer Erwerbstätigkeit ein Grundeinkommen erhalten sollen. Zur Höhe äussert sich der Initiativtext nicht.

«Die Initiative fordert etwas, was gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich kaum zu verkraften wäre», fasste Konrad Graber (CVP, LU) die Haltung der vorberatenden Kommission zusammen. Das Ziel, allen Menschen ein Dasein in Würde zu ermöglichen, ergebe sich bereits aus der Verfassung, sagte Gewerkschaftsbunds-Präsident Paul Rechsteiner (SP, SG). Der Ständerat empfahl die Initiative einstimmig zur Ablehnung. Als Nächstes sind die Stimmbürger am Zug. SDA

Bauernlobby geht erneut als Siegerin hervor

Das Budget des Bundes ist geregelt, die Bauern werden vom Sparhammer verschont

Bern. Nach zwei Wochen harten Ringens um das Bundesbudget ist dieses unter Dach und Fach. Der Nationalrat ist gestern wie tags zuvor der Ständerat dem Antrag der Einigungskonferenz gefolgt. Das Parlament sprach in der ablaufenden Wintersession den Landwirten 92,8 Millionen Franken mehr Geld zu, als der Bundesrat budgetiert hatte. Die Ausgaben für die Direktzahlungen (2,8 Milliarden Franken) sowie für die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte gemäss «Schoggigesetz» (94,6 Millionen Franken) bleiben damit auf dem Niveau des laufenden Jahres.

Fünf Millionen Franken zusätzlich gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats (insgesamt 16,5 Millionen Franken) werden im Jahr 2016 für landwirtschaftliche Investitionskredite zur Verfügung gestellt. Eine Aufstockung – die einzige ausserhalb der Landwirtschaft – beschlossen die Räte beim Budget für die Dachverbände der Familienorganisationen (plus 770 000 Franken auf insgesamt zwei Millionen Franken).

In den Tagen zuvor war über den Voranschlag 2016 heftig diskutiert worden. Wie in den vergangenen Jahren waren sich die Räte uneinig darüber, wo der Rotstift angesetzt werden soll. Die neue SVP/FDP-Mehrheit im Nationalrat konnte sich nur bei den Bauerngeldern durchsetzen.

496 Millionen Franken Defizit

Drastische zusätzliche Querschnittskürzungen bei allen Departementen im Umfang von 3,13 Milliarden Franken sowie Sparübungen beim Personal, beim Bundesamt für Kultur oder beim Eidgenössischen Büro für Gleichstellung, welche die SVP mit Anträgen im Nationalrat durchsetzen wollte, waren chancenlos. Begehren von links und von rechts, das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe anzupassen, waren ebenfalls erfolglos. Nicht überzeugen konnte auch der Vorschlag der SVP, das Budget des Staatssekretariats für Migration an die neusten Prognosen der Asylzahlen anzupassen. Nach Meinung der Mehrheit müssen Ausreisser nach oben mit Nachtragskrediten abgefedert werden.

Für das nächste Jahr budgetiert das Parlament ein Defizit von 496 Millionen Franken, bei Einnahmen von 66,733 Milliarden Franken und Ausgaben von 67,229 Milliarden Franken. Mit den ausserordentlichen Einnahmen beläuft sich das Defizit auf 351 Millionen Franken. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden eingehalten.

Wachsen dürfen 2016 die Ausgaben für Verkehr, und zwar um acht Prozent auf 9,231 Milliarden Franken. Das ist auf die Schaffung des Bahninfrastrukturfonds zurückzuführen. Ebenfalls mehr Geld steht für die Armee zur Verfügung. SDA

Klatsch politique

Um alt Bundesrat **Joseph Deiss** ist es still geworden, seit er 2011 als Präsident der UNO-Generalversammlung zurücktrat. Heute meldet sich Deiss zurück: Er tritt zur Eröffnung des Jugendstilhotels Alpina in Tschiertschen (GR) auf. Dessen Besitzer, ein Unternehmer aus Malaysia, ist auch Gründer des China Horse Club, in dem Deiss als Präsident des Beirats amtet. Hoffen wir, dass Deiss mit dem Club aufs richtige Pferd gesetzt hat. mfu

Die SVP ist vor den Bundesratswahlen für ihre Ausschlussklausel noch harsch kritisiert worden. Doch nun zieht die CVP nach. Bereits ist eine Findungskommission bestimmt, die für die Nachfolge von Parteipräsident **Christophe Darbellay** ein Kandidatenticket kreieren soll. Da wird nichts dem Zufall überlassen. Und so ist aus allerhöchsten CVP-Kreisen hinter vorgehaltener Hand zu hören: Wer nicht offizieller Kandidat ist und sich dennoch zum Präsidenten wählen lässt, wird sofort aus der Partei ausgeschlossen. Macht nichts. Böse Zungen behaupten bereits, für den Zickzackkurs der CVP reiche auch ein Parteiloser. dab

Bundesratsempfänge sind Gelegenheiten , sich in Szene zu setzen. Niemand machte das gestern effizienter als der Waadtländer Regierungspräsident **Pierre-Yves Maillard.** Ganze drei Mal griff der Sozialist zum Mikrofon und vor der Bevölkerung von Nyon fühlte er sich berufen, fast das ganze Parteiprogramm herunterzubeten. Fi

Nachrichten

Ständerat lehnt Motion zum Service public ab

Bern. Eine Mehrheit des Ständerats spricht dem Bundesrat das Vertrauen aus: Sie möchte den Service-public-Bericht nicht schon vor dessen Publikation in eine Richtung lenken und lehnt eine Motion ab, die «einen vollständigen Bericht ohne Tabus» forderte. Der Ständerat lehnte die Motion von Hannes Germann (SVP, SH) ab. Im Nationalrat war ein gleichlautender Vorstoss von Natalie Rickli (SVP, ZH) angenommen worden. SDA

Anita Fetz präsidiert neu die Finanzdelegation

Bern. Die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte (FinDel) wird 2016 von Ständerätin Anita Fetz (SP, BS) präsidiert. Vizepräsident wird der Schwyzer SVP-Nationalrat Pirmin Schwander. Der FinDel obliegt die Prüfung und Überwachung des Finanzhaushaltes des Bundes und zählt je drei Mitglieder des Stände- und Nationalrats. lam

Kein Sonderstatus für den Kanton Tessin

Bern. Das Parlament will keinen Sonderstatus für den Kanton Tessin, um negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in dieser Region abzuwenden. Wie zuvor der Ständerat hat gestern auch der Nationalrat eine entsprechende Standesinitiative abgelehnt. Diese sah unter anderem vor, dass der Kanton die Grenzgänger-Kontingente selbst festlegen könne. SDA

Berset plant Änderung des Sprachengesetzes

Bern. Der Sprachenstreit spitzt sich zu. Angesichts der wachsenden Zahl von Kantonen, die den Französischunterricht infrage stellen, erwägt Innenminister Alain Berset eine Änderung des Sprachengesetzes. SDA